

## Behinderte fordern Grundsatzbeschuß von Stadt und IVB für Einstiegshilfen in Busse

# Rollstuhldemo für Zugang zu „Öffentlichen“

Mit einer Kurzblockade des neuen IVB-Busterminals am Innrain demonstrierten Rollstuhlfahrer gestern gegen den Ausschluß von der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel.

INNSBRUCK (er). Auf Transparenten forderten die Vertreter der Selbstbestimmt-Leben-Initiative (SLI) „Bus und Bahn für alle“ und „Schluß mit dem Diskriminierungsbus“. Denn auch der neue Terminal ändert nichts daran, daß selbst Niederflerbusse für Rollstuhlfahrer ohne fremde Hilfe nicht zugänglich sind. Die Behinderten fordern daher einen Grundsatzbeschuß der Stadt bzw. der IVB, daß die Innsbrucker Busse (wie z. B. in Amerika längst üblich) mit Hubplattformen ausgestattet werden.

Laut SLI werden die IVB

1996 mehrere neue Busse kaufen, von Hubplattformen (Kosten: rund 300.000 S) sei aber wieder nicht die Rede. Es würden nicht einmal die technischen Vorkehrungen für eine spätere Aufrüstung der Busse getroffen, obwohl dafür nur eine Platte um 12.500 S erforderlich wäre.

IVB-Direktor Bernhard Mazegger erklärte dazu, die IVB könnten Rampen als Einstiegshilfen anbieten. Diese wären nicht nur günstiger, sondern auch weniger anfällig. Hubplattformen seien für die IVB jedenfalls nicht finanzierbar. Dies sei auch nicht ihre Aufgabe, sondern in erster Linie jene des Landes. Laut SLI-Sprecher Hubert Stockner sind Rampen aber keine brauchbare Lösung: Sie würden Rollstuhlfahrern nämlich nur dort nützen, wo ein Gehsteig vorhanden sei



MIT EINER „BLOCKADE“ des neuen Busterminals machten Rollstuhlfahrer darauf aufmerksam, daß sie von der Benützung der „Öffentlichen“ nach wie vor ausgeschlossen sind. TT-Foto: Fischer

und der Bus nahe genug an die Kante herankomme, sonst seien die Steigungswinkel zu steil. Zudem seien Rampen nur in Busmitte montierbar, so daß der Fahrer den Ein-

und Ausstieg eines Behinderten nicht beobachten könne.

Der Behindertenbeauftragte der Stadt Innsbruck, Meinhard Erlacher – neutraler Demo-Beobachter – erklärte, er

habe VBM Eugen Sprenger zu dem Problem einen Bericht vorgelegt und gebeten, diesen an den Stadtsenat weiterzuleiten. Der Ball liege nun bei den Politikern.



Bus und Bahn  
für  
ALLE!

Enorm  
in Form  
mit HubpLattForm

